



## Niederschrift

### 39. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 26.10.2005
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:28 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann Oberbürgermeister	SPD	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PD	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	bis 19:00 Uhr
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	ab 17:50 Uhr
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis ca. 19:05 Uhr

#### Nicht anwesend sind:

Herr Schubert, Mike	SPD	entschuldigt
Herr Bretz, Steeven	CDU	entschuldigt
Herr Kruschat, Axel	Die Andere	nicht anwesend

Herr Exner, GB 1  
Frau G. Fischer, GB 2  
Frau E. Müller, GB 3  
Herr Müller-Zinsius, GEWOBA  
Herr Wolfgramm, GEWOBA  
Herr Paffhausen, Stadtwerke  
Herr Böhme, Stadtwerke  
Herr Buchholz, Fraktion BürgerBündnis  
Herr Utting, Fraktion Familien-Partei  
Herr Hülsebeck, FB Feuerwehr  
Herr Ernst, FB Umwelt und Gesundheit  
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters  
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 12.10.2005
- 2 Finanzierung Kulturstandort  
Vorlage: 04/SVV/0346  
Fraktion BürgerBündnis
- 3 Betriebs- und Marketingkonzept Schiffbauergasse / ZKS  
Vorlage: 05/SVV/0675  
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Sport
- 4 Bildung des Unternehmensverbundes im Bereich Bauen und Wohnen  
Vorlage: 05/SVV/0677  
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 5 Fünfte Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung  
Vorlage: 05/SVV/0601  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der StVV
- 6 Veröffentlichung der Einkünfte der Geschäftsführer städtischer Unternehmen  
Vorlage: 05/SVV/0711  
Fraktion PDS
- 7 Katastrophenschutzübungen  
Vorlage: 05/SVV/0719  
Fraktion CDU
- 8 Zukünftige Betriebsform für das Sportareal Luftschiffhafen  
Vorlage: 05/SVV/0721  
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 9 Entwurf Leitfaden für die Bürgerkommune Potsdam  
Vorlage: 05/SVV/0731  
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 10 Externe Stellenbesetzung 'FBL Grün- und Verkehrsflächen'  
Vorlage: 05/SVV/0803  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 11 Externe Stellenbesetzung 'Bereichsleiter/in Grünflächen'  
Vorlage: 05/SVV/0804  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 12 Marketingplan zur Kenntnisnahme  
gemäß Vorlage: 03/SVV/0634
- 13 Mitteilungen der Verwaltung

- 13.1      Schwerpunkte der öffentlichen Haushaltsdiskussion (Bürgerhaushalt)  
Vorlage: 05/SVV/0696  
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 13.2      Bericht über die Beratung mit den Ortsbürgermeistern  
Oberbürgermeister
- 13.3      Bericht zum Stand der Entwicklung der neuen Ortsteile  
Vorlage: 05/SVV/0762  
Oberbürgermeister
- 13.4      Sachstandsbericht zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der kreisfreien  
Stadt Potsdam und dem Landkreis Potsdam Mittelmark bzgl. der Übertragung von Auf-  
gaben der Agrarverwaltung auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Förderung sowie  
der Produktion für die im Stadtgebiet ansässigen Landwirtschaftsbetriebe - DS  
04/SVV/0339
- 14         Sonstiges
- 19         Externe Ausschreibung der Stelle 210 000 05 Fachbereichsleiter/in Fachbereich Schule  
und Sport  
Vorlage: 05/SVV/0895  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

- zu 1      Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 12.10.2005**  
Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister folgende Änderungen vor:

- Die Tagesordnungspunkte 2, 3 und 8 sind auf Grund fehlender Voten der Fachausschüsse zurückzustellen;
- Der Tagesordnungspunkt 12 „Marketingplan“ gemäß Vorlage 03/SVV/0634 soll in die Tagesordnung der Sitzung am 09.11.2005 aufgenommen werden, da die schriftlichen Unterlagen dazu noch nicht vorliegen;
- Der Tagesordnungspunkt 13.3 soll ebenfalls zurückgestellt werden, da noch nicht alle Ortsbeiräte die Mitteilungsvorlage beraten haben;
- Die Tagesordnung ist um die DS 05/SVV/0895 „Externe Ausschreibung der Stelle ... Fachbereichsleiter/in Fachbereich Schule und Sport“ zu erweitern, da die jetzige Stelleninhaberin die Stadtverwaltung zum Jahresende verlassen wird und die Stelle schnellstmöglich wieder zu besetzen ist;

Weitere Hinweise und Änderungen werden nicht vorgetragen; die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 38. Sitzung vom 12.10.2005 gibt es keine Änderungen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei drei Stimmenthaltungen, bestätigt.

**zu 2 Finanzierung Kulturstandort  
Vorlage: 04/SVV/0346**

**zurückgestellt**

**zu 3 Betriebs- und Marketingkonzept Schiffbauergasse / ZKS  
Vorlage: 05/SVV/0675**

**zurückgestellt**

**zu 4 Bildung des Unternehmensverbundes im Bereich Bauen und Wohnen  
Vorlage: 05/SVV/0677**

Der Oberbürgermeister verweist auf die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses am 12.10.05 getroffene Vereinbarung, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. PDS mit einer Stellungnahme der Verwaltung in den Fraktionen zu beraten sei. Herr Dr. Scharfenberg signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zu den Vorschlägen der Verwaltung unter der Voraussetzung, dass zum Punkt 4 „Konkurrenzsituationen“ das Wort „(unerwünschte)“ zu streichen ist. Nach Klarstellung der beabsichtigten Zielstellung mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Formulierung, stimmt Herr Exner der Streichung zu und die Fraktion DIE LINKE. PDS übernimmt die Änderungen.

Herr Friederich betont, dass man sich mit den Formulierungen nicht „verzetteln“ und diese „juristisch sauber“ wählen solle. Die Wahl der Begrifflichkeiten seitens der Verwaltung sei konkreter und gebe mehr Sicherheit.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister die Drucksache 05/SVV/0677 mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen sowie der Streichung des Wortes „**(unerwünschte)**“ zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, der Drucksache 05/SVV/0677 mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen sowie der Streichung des Wortes „(unerwünschte)“ **zuzustimmen**.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

**zu 5 Fünfte Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung  
Vorlage: 05/SVV/0601**

Der Oberbürgermeister gibt zur Kenntnis, dass alle Ortsbeiräte den Änderungen der Geschäftsordnung einstimmig zugestimmt haben.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Fünfte Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 13.11.2000 gemäß Anlage

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 6 Veröffentlichung der Einkünfte der Geschäftsführer städtischer Unternehmen  
Vorlage: 05/SVV/0711**

Herr Exner verweist eingangs darauf, dass der Antrag nicht unproblematisch sei, da der Schutz der Persönlichkeitsrechte hier eine entscheidende Rolle spiele. Unter Berücksichtigung des Auftrages der StVV an die Verwaltung, Grundsätze für die Steuerung und Kontrolle städtischer Unternehmen vorzuschlagen, sollte der Beschlusstext wie folgt geändert werden:

*Mit den bis zum 30.06.2006 zu entwickelnden Grundsätzen für die Steuerung und Kontrolle städtischer Unternehmen soll ein geeigneter Vorschlag für die transparente Darstellung der Vergütungen von Geschäftsführungen städtischer Unternehmen vorgelegt werden.*

Frau Dr. Schröter übernimmt namens der Fraktion DIE LINKE. PDS die geänderte Fassung des Beschlusstextes und bittet, sich trotzdem nach weiteren Möglichkeiten zu Erfüllung des Anliegens umzuhören. Dem schließt sich Herr Dr. Scharfenberg an und betont, man solle eruieren, wie das woanders gemacht werde. Der Oberbürgermeister sagt zu, dass dies mit in den entsprechenden Vorschlag der Verwaltung einfließen werde.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Mit den bis zum 30.06.2006 zu entwickelnden Grundsätzen für die Steuerung und Kontrolle städtischer Unternehmen soll ein geeigneter Vorschlag für die transparente Darstellung der Vergütungen von Geschäftsführungen städtischer Unternehmen vorgelegt werden.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 7      Katastrophenschutzübungen**  
**Vorlage: 05/SVV/0719**

Herr Schröder bringt den Antrag ein und bittet im Beschlusstext die Worte „ab dem Jahr 2007“ durch die Worte „im Jahr 2007“ zu ersetzen. Er begründet den Antrag und seine Zielrichtung, auf die strukturellen Veränderungen in der Bundeswehr im Jahr 2007 und den weiteren Personalabbau zu reagieren, die bestehenden Pläne zu prüfen und an die veränderte Situation anzupassen.

Herr Hülsebeck unterstreicht, dass die Stadt die Veränderungen in der Bundeswehr registriere. Auch weiterhin sei Hilfe von dieser Seite zu erwarten; durch die Reduzierung der Standorte und des Personals werde es zukünftig jedoch länger dauern, bis Spezialeinheiten vor Ort seien. Gespräche zu gemeinsamen Katastrophenschutzübungen habe es bereits gegeben – allerdings seien weitere Absprachen notwendig.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Verteidigungsbezirkskommando 84 (VBK84) dahingehend Gespräche aufzunehmen, dass die jährlich stattfindenden gemeinsamen Katastrophenschutzübungen zwischen den Landkreisen und der Bundeswehr im Jahr 2007 mit der Landeshauptstadt Potsdam durchgeführt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	7

**zu 8      Fraktion CDU**  
**Zukünftige Betriebsform für das Sportareal Luftschiffhafen**  
**Vorlage: 05/SVV/0721**

**zurückgestellt**

**zu 9      Entwurf Leitfaden für die Bürgerkommune Potsdam**  
**Vorlage: 05/SVV/0731**

Herr Exner erläutert, dass der jetzt vorliegende Leitfaden als Grundlage weiterer Diskussion dienen solle.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass er dem Leitfaden zustimme, an einigen Punkten jedoch Diskussionsbedarf sehe. Er meint, es gebe unterschiedliche Sichtweisen z.B. darauf, was eine Bürgerkommune sei und was man damit erreichen wolle. Darüber hinaus sei in der Vorlage der gegenwärtige Zustand „schön geredet“ und seiner Meinung nach dürfe der Schwerpunkt nicht in der Beschreibung der gegenwärtigen Situation liegen. In den Mittelpunkt der Diskussion sollten die Fragen stehen, wie mit den gegenwärtigen Bedingungen umgegangen, wie die Transparenz für alle Bürger sichergestellt und wie die Motivation der Bür-

ger erreichte werde.

Herr Kümmel sieht für die Fraktion der SPD in der vorliegenden Vorlage einen Zwischenstand. Er stimmt der Aussage zu, dass in der Vorlage aufgelistet werde, was es gebe bzw. was geplant sei. Um Instrumente der Umsetzung zu finden, sei viel Kreativität gefragt. Ziel müsse es sein, die Aktiven nicht „klein zu reden“ sondern die bisher nicht Aktiven zu motivieren.

Herr Friederich betont, dass die Stadt nur den Rahmen vorgeben könne, die Bürger selbst müssen diesen mit Leben erfüllen. Nach Auffassung von Herrn Schüler seien die Vorstellungen des Einzelnen, was ein Bürgerhaushalt sei, sehr unterschiedlich. Er schlage vor, sich im Rahmen eines Workshops o.ä. darüber zu verständigen, was die Stadtverordneten darunter verstehen. Er schätze ein, dass die Möglichkeiten, wie man sich aktiv einbringen könne, zu wenig bekannt seien. Man brauche mehr Transparenz, was aber nicht bedeute, die Bürger mit zu vielen Informationen zu „erschlagen“. Insgesamt bedarf es der Entwicklung von konkreten Verfahren der Bürgerbeteiligung.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass der Leitfaden keine abgestimmte Strategie sei, sondern die Entwicklung von Regularien einschlieÙe. Er gebe aber zu bedenken, dass man nicht frei von Verfahrensvorschriften sei und diese auch nicht immer bürgerfreundlich erscheinen. Es gelte, neue Wege im Dialog mit den Betroffenen zu beschreiten – das sei allerdings alles andere als einfach.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf „Leitfaden für die Bürgerkommune Potsdam“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Die im Entwurf des Leitfadens benannten Ziele, Handlungsfelder und möglichen Instrumente der Bürgerkommune Potsdam sollen mit den Bürgerinnen und Bürgern in geeigneter Form diskutiert werden.
3. Nach der Diskussion soll der Leitfaden unter Berücksichtigung der Ideen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

#### **zu 10 Externe Stellenbesetzung 'FBL Grün- und Verkehrsflächen' Vorlage: 05/SVV/0803**

Der Oberbürgermeister erläutert die Vorlage. Im Zusammenhang mit der Diskussion der DS 05/SVV/0895 wird festgestellt, dass die Besetzung der Stelle nach TvöD nur für 4 Jahre erfolgen könne.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 470 000 01, Fachbereichsleiter/in Grün- und Verkehrsflächen (FB 47) im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen (4), wird mit dem Stellenwert: Ia BAT-O (künftig: Entgeltgruppe 15 nach TVöD) zur Besetzung für vier Jahre befristet intern und extern ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 14  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 11 Externe Stellenbesetzung 'Bereichsleiter/in Grünflächen'  
Vorlage: 05/SVV/0804**

Der Oberbürgermeister erläutert die Vorlage.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 472 000 01 Bereichsleiter/in Grünflächen im Geschäftsbereich 4 Stadtentwicklung und Bauen, Stellenwert: II Fg 3 BAT-O + Technikerzulage (künftig: Entgeltgruppe 13 nach TVöD), wird intern und extern zur Besetzung ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**neu Externe Ausschreibung der Stelle 210 000 05 Fachbereichsleiter/in Fachbereich Schule und Sport  
Vorlage: 05/SVV/0895**

Der Oberbürgermeister begründet die Notwendigkeit einer erneuten Ausschreibung mit dem Weggang der jetzigen Stelleninhaberin aus persönlichen Gründen. Herr Exner beantwortet die Nachfrage von Herrn Mühlberg zur Befristung der Stelle und Frau G. Fischer die Nachfrage von Herrn Schüler zur Definition des Wortes „Feldkompetenz“. Frau B. Müller fragt nach, warum bei der Stellenausschreibung des Fachbereichsleiters Grün- und Verkehrsflächen eine Begrenzung von 5 Jahren angegeben sei und bei der Stelle Fachbereichsleiter für Schule und Sport 4 Jahre. Herr Exner verweist auf den TvöD, in dem die Ausschreibung von derartigen Stellen für 4 Jahre vorgeschrieben sei. Insofern müsse die Vorlage 05/SVV/0803 korrigiert werden. Die Nachfrage von Frau B. Müller, ob bei allen Auswahlverfahren Elemente des Assessment Centers eingesetzt werden, wird vom Oberbürgermeister bejaht.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle

Fachbereichsleiter/in Fachbereich Schule und Sport  
Kennziffer: 210 000 05

Stellenwert: Entgeltgruppe 14 TVöD / TVÜ - VKA

wird extern ausgeschrieben.

Die Besetzung zum Fachbereichsleiter bzw. zur Fachbereichsleiterin erfolgt für 4 Jahre (§ 32 Abs. 1 TVöD). Dementsprechend wird das Arbeitsverhältnis für 4 Jahre mit der Möglichkeit der Verlängerung gem. § 32 Abs. 1 Buchstabe b TVöD begründet.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 12      Marketingplan zur Kenntnisnahme  
gemäß Vorlage: 03/SVV/0634**

**zurückgestellt**

**zu 13      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 13.1    Schwerpunkte der öffentlichen Haushaltsdiskussion (Bürgerhaushalt)  
Vorlage: 05/SVV/0696**

Herr Exner erläutert eingangs, dass in diesem Jahr drei Veranstaltungen geplant seien, die nicht nur die Information der Bürger, sondern auch die Diskussion mit den Bürgern beinhalten. Die Themen für die Veranstaltung am 11.11.2005 können voraussichtlich erst zum 02.11. bekannt gegeben werden, weil bis dahin die Fragebogenaktion zu den Forenthemen ausgewertet sei. Im Rahmen der diesjährigen Haushaltsdiskussion werde es nicht nur eine Änderungsliste der Verwaltung und eine der Fraktionen geben, sondern auch eine aus den Reihen der Bürgerschaft. Nach Beschlussfassung der Haushaltssatzung werde den Bürgern im Rahmen der 3. Veranstaltung berichtet, was aus ihren Vorschlägen geworden ist.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, was Herr Exner aus der ersten Veranstaltung ableite und welche inhaltlichen Schwerpunkte sich daraus ergeben. Für ihn stehe auch die Frage, inwieweit sich die Stadtverordneten zu den Themenschwerpunkten verständigen und wie die Bürger auf die inhaltliche Gestaltung Einfluss nehmen können. Er wiederholt seine Kritik an dem Termin 11.11.05 für die zweite Veranstaltung, da die Einsatzfähigkeit der Verwaltung hierfür nicht ausschlaggebend sein könne.

Auf die Anmerkungen von Herrn Dr. Scharfenberg beziehend, erläutert der Oberbürgermeister, dass im Rahmen der ersten Veranstaltung am 18. Oktober 2005 neben dem Vortrag auch einzelne Foren stattgefunden haben, die auch gut angenommen wurden. Im Rahmen der Diskussion in den Foren haben sich bestimmte Schwerpunkte herauskristallisiert, so z.B. den GB 3 betreffend die Kita-Finanzierung und den GB 1 betreffend die fehlende Transparenz städtischer Unternehmen. Der Einsatz von Herrn Jaeger als externen Moderator war positiv und habe die Diskussion belebt. Nun müsse man abwarten, welche Schwerpunkte sich aus der Befragung ergeben und vorerst keine neuen Schwerpunkte benennen. Dies war auch eine Zusage an die Bürger im Rahmen der genannten Veranstaltung. Sollte die Befragung keine Ergebnisse bringen, müsse eine erneute Dis-

kussion und Schwerpunktsetzung folgen. Die Vorschläge der Bürger für die Diskussion der Haushaltssatzung werde die Verwaltung dokumentieren und den Stadtverordneten aufbereitet zur Verfügung stellen. Bezug nehmend auf die Kritik an dem Termin 11.11. betont der Oberbürgermeister, dass er die Terminwahl nicht problematisch sehe. Ein anderer Termin war aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich, dabei habe auch das enge Zeitfenster für die Haushaltsberatung eine Rolle gespielt.

Herr Mühlberg fragt nach, wie die Stadtverordneten aus den aufbereiteten Vorschlägen erkennen können, ob der Antrag von einem Bürger, einem Verein, einem Forum etc. getragen werde.

Herr Kümmel fragt nach, wie die Stadtverordneten eine Wichtung der Vorschläge vornehmen sollen und man sicherstellen könne, dass repräsentative Vorschläge Berücksichtigung finden. Er schlägt vor, die Fragebögen gezielt zu versenden und ähnlich der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eine Stellungnahme abzufordern.

Der Oberbürgermeister gibt zu bedenken, dass auch Einzelschlüsse durchaus in die Diskussion einzubeziehen seien und insbesondere die zu Wort kommen sollen, die nicht unbedingt spezifische Interessen vertreten. Herr Exner führt dazu aus, dass man eben ein zweistufiges Verfahren gewählt habe, um eine gewisse Repräsentativität zu erreichen. Sicher dürfe sich nicht alles aus Vereinen oder Einzelpersonen ableiten; hier gelte es Erfahrungen zu sammeln.

Herr Dr. Scharfenberg zweifelt an, dass es zahlreiche Rückantworten der Bürger geben werde. Dies sei ein Prozess für die Bürger und müsse beweisen, wie ernst die Bürger genommen werden. Herr Schüler meint, man solle die Reaktionen abwarten und im Laufe der Jahre auf Grund der Erfahrungen immer besser werden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 13.2 Bericht über die Beratung mit den Ortsbürgermeistern**

Herr Jetschmanegg informiert über die am 04.10.05 stattgefundene Beratung mit den Ortsbürgermeistern. Fünf Tagesordnungspunkte seien dabei abgehandelt, wobei sich zwei mit Überweisungen aus der StVV befasst haben. So u.a. die Mitteilungsvorlage - INTEGRIERTES ÖPNV-KONZEPT POTSDAM. Entsprechend dem Wunsch der Ortsbürgermeister, darüber intensiver zu sprechen, habe eine Veranstaltung mit dem GB 4 dazu stattgefunden. Die zweite Vorlage – der Bericht zu den neuen Ortsteilen befinde sich wie bereits angedeutet in den Ortsbeiräten zur Beratung und werde dann im Hauptausschuss zur Diskussion gestellt. Der 3. Tagesordnungspunkt befasste sich mit der Haushaltsplanung 2006, wobei es darum ging, die Vorstellungen, Wünsche und Anträge der einzelnen Ortsbeiräte in Übereinstimmung mit den Planungen in der Haushaltssatzung zu bringen. Im Weiteren wurde die Agrarverwaltung durch die Stadt Potsdam besprochen – dazu werde Herr Ernst mit dem TOP 13.4 informieren. In einem weiteren Tagesordnungspunkt ging es um Ortsteilfesten, wo den Ortsbürgermeistern ein vereinfachtes Verfahren vorgeschlagen wurde, welches diese versicherungsmäßig schützt und den Ortsteil nicht mit zusätzlichen Gebühren belaste.

Für die nächste Beratung stehen zwei Schwerpunkte auf der Tagesordnung – einmal der Stand der Erarbeitung des Flächennutzungsplanes und zum anderen der Sachstand zu den bestehenden bzw. sich in Bearbeitung befindlichen B-

Plänen in den neuen Ortsteilen.

**zu 13.3 Bericht zum Stand der Entwicklung der neuen Ortsteile  
Vorlage: 05/SVV/0762**

**zurückgestellt**

**zu 13.4 Sachstandsbericht zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der kreisfreien Stadt Potsdam und dem Landkreis Potsdam Mittelmark bzgl. der Übertragung von Aufgaben der Agrarverwaltung auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Förderung sowie der Produktion für die im Stadtgebiet ansässigen Landwirtschaftsbetriebe - DS 04/SVV/0339**

Herr Ernst gibt dazu folgenden Sachstandsbericht:

Mit der Drucksache 04/SVV/0339 habe die Stadt Potsdam die Aufgaben der Agrarverwaltung auf den Landkreis Potsdam Mittelmark mit der Option einer weiteren Vertragsverlängerung übertragen. Gleichzeitig habe die StVV beschlossen, die Stadt Potsdam solle diese Aufgabe ab 2006 übernehmen.

Die Verwaltung habe dies mit dem Ergebnis geprüft, dass die Verlagerung des Einzelarbeitsplatzes von Werder nach Potsdam mit der Schaffung räumlicher und technischer Voraussetzungen (EDV) sowie eine Vertretungsregelung verbunden sei. Dieser materiell-technische und organisatorische Aufwand rechtfertige eine Verlagerung der Aufgaben nicht, zumal der Außenstelle in Werder eine gute und hohe Qualität bescheinigt werde. In der zur Sitzung der StVV am 02.11.05 ausgehenden Mitteilungsvorlage werde ebenfalls darüber informiert, dass die Verlagerung der Außenstelle aus Sicht der Verwaltung entbehrlich erscheine. Insofern sollte der Standort Werder gefestigt und ausgebaut werden und die Verwaltung den Auftrag erhalten, einen Antrag zur Aufhebung des Beschlusses aus dem Jahre 2004 zu stellen.

Die Nachfrage, ob eine Verlagerung der Außenstelle nach Belzig geplant sei, verneint Herr Ernst.

Herr Kümmel stellt fest, dass der Auffassung der Verwaltung gefolgt werden könne, wenn die beschriebene Akzeptanz vorhanden sei. Sollte allerdings eine Verlagerung nach Belzig zur Debatte stehen, müsse die Agrarverwaltung in Potsdam angesiedelt werden.

**neu DEMO - Neonazis**

Der Oberbürgermeister informiert über eine für den 05. November 2005, 12:00 Uhr angekündigte Nazi-Demo, die von Potsdam West über die Zeppelinstraße und die Breite Straße zum Hauptbahnhof führen werde.

Auch in diesem Jahr werde die Stadt Potsdam deutlich machen, keine Neonazis in der Stadt dulden zu wollen. Deshalb werde es einen gemeinsamen Aufruf der Parteien, der Gewerkschaften, Kirchen etc. zu einer Kundgebung um 12:00 Uhr auf dem Luisenplatz geben.

**Veranstaltung zum Volkstrauertag in Halbe**

Der Oberbürgermeister informiert über eine Veranstaltung des Landtages Brandenburg anlässlich des Volkstrauertages am 12. 11.2005, 11:00 Uhr auf dem

Gelände des Waldfriedhofes in Halbe. Dem Motto „Die Toten mahnen, für den Frieden leben“ sollen sich möglichst viele Menschen anschließen. Eine zahlenmäßig starke Vertretung Potsdams wäre insofern wünschenswert. Er habe die Vorstellung, dass seitens der Verkehrsbetriebe Potsdam ein Bus bereitgestellt werde, der die Teilnehmer gegen einen Obolus von 5 Euro nach Halbe fahre. Aufgerufen seien sowohl die Beigeordneten, die Fraktionen und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

## zu 14 **Sonstiges**

### **Ehrenbürger – Beantwortung der Kleinen Anfrage der Fraktion Die Andere**

Bezug nehmend auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage 05/SVV/0777 Der Fraktion Die Andere zu Ehrenbürgern der Stadt Potsdam, drückt Herr Schüler sein Unverständnis über die Antwort der Verwaltung aus. Entgegen der im Hauptausschuss getroffenen Vereinbarung, über eventuelle Vorschläge Stillschweigen zu bewahren, wurde in der Antwort eine potentielle Kandidatin namentlich benannt. Dadurch sei der Eindruck erweckt worden, die antragstellende Fraktion habe den Vorschlag wieder zurückgenommen – was aber so nicht der Fall gewesen sei. Zukünftig sollte die Verwaltung bei diesem Thema die erforderliche Sorgfalt walten lassen.

Der Oberbürgermeister stimmt der Kritik von Herrn Schüler zu, entschuldigt das Versäumnis der Verwaltung und sagt für die Zukunft einen sensibleren Umgang mit diesem Thema zu.

### **Bombenfunde am zukünftigen Standort des Freizeitbades**

Herr Friederich fragt nach eventuellen Bombenfunden am zukünftigen Standort des Freizeitbades. Herr Paffhausen verweist in seiner Antwort darauf, dass es keine Bombenfunde am Brauhausberg gegeben habe und deshalb die Aktivitäten vor ca. 3 Wochen eingestellt wurden.

### **Pressemeldung zum Kauf neuer Straßenbahnen**

Bezug nehmend auf eine Pressemeldung zur Verärgerung eines Fahrzeugherstellers fragt Herr Friederich, ob sich die „Wogen wieder geglättet“ hätten. Herr Exner merkt dazu an, dass er diese Angelegenheit eigentlich nicht kommentieren wolle. Er hätte sich zu diesem Thema eine Kontaktaufnahme des Fahrzeugherstellers mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Verkehrsbetriebe – also mit sich gewünscht, zumal es derzeit gar kein Ausschreibungsverfahren gebe. Er habe keine „Wogen zu glätten“, sondern eine Finanzierung zu sichern und das in Anbetracht der Kürzungspläne der Bundesregierung.

### **Befristung Fachbereichsleiterstelle**

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob nach Ablauf der Berufungsfristen für Fachbereichsleiter eine erneute Antragstellung für die StVV gesichert sei, bejaht der Oberbürgermeister.

### **Evakuierung Klinikum**

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach den Kosten der Evakuierung des Klinikums und dem Erfordernis und den Möglichkeiten der gesetzlichen Regelungen für die Bergung alliierter Munition (die Kosten sind durch die Länder zu tra-

gen) und reichseigener Munition (die Kosten trägt der Bund).

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass die konkreten Rechnungen noch nicht vorliegen und er den Hauptausschuss in ca. 4 Wochen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung darüber informieren könne. Dabei gebe es Maßnahmen, die kostenpflichtig seien und welche, die nicht in Rechnung gestellt werden, wie z.B. der Einsatz der Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Da es sich bei dem Bombenfund um alliierte Munition gehandelt habe, sei das Land eindeutig in der Pflicht, die Kosten zu tragen.

Die Kosten der Munitionsbergung gingen eindeutig zu Lasten des Landes. Wäre das nicht so, hätte die Kommune ein echtes Finanzproblem. Er habe die Ereignisse zum Anlass genommen, sich beim Innenminister für die Hilfe zu bedanken und ihm gleichzeitig die Unterstützung der Stadt bei der Änderung der Gesetzeslage zugesagt. In Potsdam gebe es zahlreiche Verdachtsflächen, so dass bei Baumaßnahmen mit weiteren Bombenfunden zu rechnen sei.

### **Kosten des Gutachtens zur Straßenreinigungssatzung**

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie viel das Gutachten der WIB-NERA zur Straßenreinigungssatzung gekostet habe, antwortet Frau E. Müller, dass die konkrete Rechnung noch nicht vorliege, es aber ca. 15.000 Euro sein werden.

### **Stand Freizeitbad**

Entsprechend der Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg, einen Sachstandsbericht zum Freizeitbad zu geben, führt Herr Paffhausen aus, dass derzeit die Ausschreibung der Leistungen vorbereitet werde. Man werde „Pakete schnüren“, so dass Firmen Angebote zu einem Paket, aber auch zu Einzelleistungen abgeben können. Nach der Entscheidung des Landesförderausschusses werde der Aufsichtsrat am 22.11.05 eine Entscheidung fällen, so dass die StVV am 07.12.05 eine entsprechende Beschlussvorlage beraten könne. Im Weiteren werde die Betreuung des Bades gedanklich vorbereitet; so gebe es ein ausführliches Konzept, welches auch der Landesförderausschuss kenne. Derzeit gehe man davon aus, wesentliche Aufgaben in eigener Verantwortung zu machen und andere Teile zu verpachten, wie z.B. den gesamten Fitnessbereich. Die bisherigen Kosten belaufen sich auf die avisierten 4 Millionen Euro.

### **Behandlung der Vorlage 04/SVV/0346**

Frau Bankwitz kritisiert die nach wie vor nicht vorliegenden Folgekosten für die Betreuung des Kulturstandortes Schiffbauergasse. Sie „bewundere“ die Ruhe des Kämmerers bei der Beantwortung dieser wichtigen Frage. Da sie dies nicht mehr nachvollziehen könne, bittet sie, die o.g. DS in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zur Abstimmung zu stellen.

Der Oberbürgermeister verweist auf die gemeinsame Behandlung der DS 04/SVV/0346 und 05/SVV/0731, die sich beide im Geschäftsgang befinden.

### **Workshop zum Kulturmarketing**

Frau Dr. Schröter nimmt Bezug auf den am 22.08.2005 durchgeführten Workshop zum Kulturmarketing und fragt nach dem vom Oberbürgermeister zugesagten Konzept für eine Kulturmarketinggesellschaft. Der Oberbürgermeister merkt dazu

an, dass er sich noch in Abstimmung mit Frau G. Fischer befinde, aber davon ausgehe, in den nächsten Tagen zu einem Ergebnis zu kommen. Er schlägt vor, über die Ergebnisse in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses im nicht öffentlichen Teil zu berichten.

### **Hedwig-Bollhagen-Stiftung**

Frau Dr. Schröter fragt nach, wie der Stand dazu sei und wann der Hauptausschuss seine Auffassung dazu gebe. Dieses Thema, so der Oberbürgermeister, ist ebenfalls in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses in den nicht öffentlichen Teil aufzunehmen.